

Justiz- und Sicherheitsdepartement
des Kantons Luzern
Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern

vernehmlassungen.jsdds@lu.ch

Luzern, 2. Mai 2022

Vernehmlassung zur Änderung Stimmrechtsgesetz: Sicherstellung der politischen Rechte in ausserordentlichen Situationen

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Geschätzte Damen und Herren

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat mit Schreiben vom 2. Februar 2022 das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung Stimmrechtsgesetz: Sicherstellung der politischen Rechte in ausserordentlichen Situationen eröffnet. Gerne nehmen wir fristgerecht wie folgt Stellung dazu.

Die FDP.Die Liberalen dankt für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zur Änderung des Stimmrechtsgesetzes.

Aus Sicht der FDP.Die Liberalen ist es wichtig, dass die politischen Rechte der Stimmberechtigten auch in ausserordentlichen Situationen ordnungsgemäss ausgeübt werden können. Daher begrüssen wir die gesetzlichen Anpassungen. Uns erscheint es wichtig, dass die Definition einer ausserordentlichen Situation klar und unmissverständlich geregelt wird. Zudem begrüssen wir, dass der Regierungsrat weitergehende Regelungen, wie eine digitale Abstimmung auf Gemeindeebene nicht gleichzeitig regeln will.

Wir danken für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Luzern

sign. Luzia Syfrig
Kantonsrätin

sign. Serena Büchler
Geschäftsführerin